nr. 8 – dez 2017 / jan 2018

ecke turmstraße

Seite 3: Straßenbahn schon 2020? Seite 4: Weiterentwicklung des Hertie-Areals
Seite 7: Zweckentfremdung beschäftigt Justiz Seite 11: Stolpersteine in der Turmstraße

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 15. Januar. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung im Wert von 20 Euro. Unsere letzte Rätselecke zeigte den »Paech-Brunnen« hinter dem Parkhaus Ecke Birkenstraße / Stephanstraße. Gewonnen hat Christoph Thieme. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende, die meisten sind mit den Festvorbereitungen beschäftigt, viele freuen sich auf ein paar Tage der Erholung und Entspannung, und sicher werden etliche von uns auch eine kleine persönliche Rückschau auf das Jahr 2017 anstellen.

Es war zweifellos ein sehr bewegtes Jahr. Auch im Gebiet rund um die Turmstraße war und ist vieles in Bewegung: Die Straßenbahn soll künftig wieder über die Turmstraße fahren, das Schultheiss-Quartier steht vor seiner Fertigstellung, gegenüber soll das Ex-Hertie-Areal erweitert werden. Straßen und Gehwege wurden und werden derzeit erneuert (entlang der Turmstraße und rund um die Markthalle). Rege Debatten zu unterschiedlichen Themen wurden geführt – etwa zur schwierigen Situation im mittleren »Transitabschnitt« des Kleinen Tiergartens, wo sich viele durch den florierenden Drogenhandel verunsichert fühlen. Oder zum wachsenden Gentrifizierungsdruck im Gebiet: steigende Mieten, Mieterverdrängung, Wohnraumknappheit, Obdachlosigkeit sind nur einige Stichworte, die uns auch im nächsten Jahr wohl leider begleiten werden. Die sozialen Probleme nehmen zu.

Und wie geht es weiter mit der Turmstraße 75 als soziokulturelles Zentrum im Gebiet, mit Verkehrsmaßnahmen und Umbauten in Alt-Moabit und der Lübecker Straße, mit Neubauvorhaben, mit der Jugendverkehrsschule und vielen anderen wichtigen Themen im Gebiet?

Auch für uns, die »Ecke«-Redaktion, war 2017 ein hoch spannendes Jahr – und wir freuen uns, im Jahr 2018 das Geschehen weiter publizistisch begleiten zu können.

An dieser Stelle möchten wir vor allem all jenen danken, die diese Zeitung lesen und sie mit zahlreichen hilfreichen Hinweisen, Leserbriefen, Kommentaren und »Feedbacks« begleiten. Wir freuen uns auf ein diskussionsfreudiges Jahr 2018 und auf Ihre Debattenbeiträge!

Bis dahin wünschen wir schöne, erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr! Die nächste Ausgabe dieser Zeitung können Sie dann Anfang Februar lesen.

Die Redaktion

Termine

Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a:

Sprechstunden des Büros KoSP GmbH (Prozesssteuerer im Aktiven Zentrum Turmstraße):
Di 9.30–12 Uhr, Do 15.30–18 Uhr
Sprechstunden des Geschäftsstraßenmanagements (die raumplaner):
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
Öffentliche Mieterberatung (für Mieter in den Milieuschutzgebieten):
Mo 16–18 Uhr, Do 10–12 Uhr

Plenum der Stadtteilvertretung

Das nächste öffentliche Plenum der STV Turmstraße findet am Montag, dem 29. Januar 2018 um 19 Uhr statt, Stadtteilladen Krefelder Straße 1a. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! www.stv-turmstrasse.de

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr, Treffpunkt: Kontaktstelle PflegeEngagement, Lübecker Straße 19. Mehr unter www.wem-gehoert-moabit.de. Dort finden sich auch die Protokolle der bisherigen Runden Tische.

Stadtteilplenum QM Moabit-West

Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem QM Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32b.
Mehr unter Telefon (030) 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Die nächste »Ecke Turmstraße«

erscheint Anfang Februar. Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Lange Planung – kurze Bauzeit?

Die Straßenbahn soll schon 2020 in der Turmstraße verkehren

Schon Ende 2020 soll die Straßenbahn vom Hauptbahnhof weiter bis zum U-Bahnhof Turmstraße fahren. So verkündete es die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz am 15. November auf einer Informationsveranstaltung in der Heilandskirche.

Doch zunächst muss noch das offizielle Planfeststellungsverfahren für die neue Streckenführung erfolgen. Dazu gehört auch die formelle Bürgerbeteiligung. Zwei Aktenordner mit Plänen und Gutachten sind dazu im Rathaus Tiergarten noch bis zum 5. Januar für alle Bürger offiziell zugänglich (allerdings nicht zwischen dem 22.12.2017 und dem 2.1.2018). Bis zum 19. Januar können schriftliche Einwendungen erhoben werden, die anschließend geprüft und beantwortet werden. Damit gehen sie in die Planfeststellung ein, die bis 2019 abgeschlossen sein soll.

Damit könnte zugleich auch die Baugenehmigung für die Verlängerung der Straßenbahn erteilt werden. Im selben Jahr könnten dann Leitungsarbeiten auf der Strecke durchgeführt werden – Wasser und Abwasser, Strom, Gas, Telekommunikation – und im Jahr 2020 die eigentlichen Gleisbauarbeiten stattfinden. Wenn alles reibungslos läuft, soll die M10 also schon im Winterfahrplan 2020/21 von der Warschauer Straße über den Hauptbahnhof bis zum U-Bahnhof Turmstraße fahren.

Bei der Veranstaltung forderte Jens-Holger Kirchner, Staatssekretär für Verkehr, die Anwohner dazu auf, konstruktive Kritik zu leisten. So würde er sich über eine schriftliche Stellungnahme des »FUSS e.V.« freuen. Der Fußgängerverband hatte auf der Veranstaltung gefordert, Ampelanlagen an Haltestellen in der Mitte der Fahrbahn generell so zu schalten, dass die Ampel auf Grün für die Fußgänger springt, wenn eine Straßenbahn einfährt. So würden Gefahrensituationen vermieden. Kirchner sieht das ähnlich und könnte die schriftliche Einwendung im Prozess der Planfeststellung als Argumentationshilfe gut gebrauchen.

»Viereinhalb« neue Haltestellen sind zwischen dem Hauptbahnhof und dem U-Bahnhof Turmstraße geplant. Die »halbe« Haltestelle soll auf der Invalidenstraße an dem bislang nur in einer Richtung vorhandenen Haltepunkt »Lesser-Ury-Weg« neu entstehen: als Kaphaltestelle am dafür erhöhten Bürgersteig, so dass die Bahn barrierefrei erreichbar ist. Auch die Anregung eines Anwohners, dann auch die schon vorhandene Haltestelle in Richtung Alt-Moabit zur Kaphaltestelle auszubauen, hätte der Staatssekretär gerne schriftlich.

Die anderen vier Haltestellen für beide Fahrtrichtungen auf der Turmstraße sollen dagegen als Mittelinsel entstehen: vor dem früheren Oberstufenzentrum Turmstraße / Rathenower Straße, am Gerichtsgebäude, vor dem ehemaligen Krankenhaus Moabit und schließlich westlich der Wilsnacker Straße die vorläufige Endhaltestelle am U-Bahnhof Turmstraße.

Sie soll westlich des U-Bahn-Aufzugs entstehen – östlich wird der Straßenraum für Abbiegespuren an der Kreuzung benötigt. Die Aufstellgleise für die Straßenbahnen sind zusammen mit einem Toilettenhäuschen für die Straßenbahnfahrer ungefähr auf der Höhe des Rathauses Tiergarten vorgesehen. Der Großteil der neuen Gleise soll auf eigenständigen und begrünten Gleisbetten verlaufen, die Straßenbäume in der Mitte der Turmstraße müssen jedoch alle gefällt werden. Die Fahrzeit zum Hauptbahnhof soll 7 Minuten betragen.

Dank »Flüstergleisen« wird sich die Lärmbelästigung der Anwohner in Grenzen halten, ein Lärmgutachten wurde erarbeitet, an einigen Stellen sollen besonders exponierte Wohn- und Schlafräume auf Kosten der BVG mit Schallschutzfenstern ausgestattet werden. *cs*

Die auf der Veranstaltung gezeigte Präsentation, in der die Pläne der Streckenführung enthalten sind, ist auf der Website der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz als »neubaustrecke_hauptbhf-turmstr_praesentation_zur_biv_am_15nov2017.pdf« eingestellt.

Zu »Widersprüche im Tramkonzept«, Ausgabe 7/2017

Für Unmut in der Abteilung Verkehr der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat der Kommentar »Widersprüche im Tramkonzept« in der Ecke Turmstraße 7/2017 gesorgt. Darin ging es um die Planungen für den weiteren Verlauf der Straßenbahn in Moabit. In einer der vorgestellten Zukunftsvarianten soll künftig die M13 (S-Bhf. Warschauer Straße bis Virchow-Klinikum) von der Seestraße bis zum U-Bahnhof Turmstraße weitergeführt werden und dort enden. Im Kommentar gingen wir davon aus, dass die M13 wie bisher auch künftig mit »Einrichtungsfahrzeugen« ausgestattet wäre, die nur eine Fahrerkabine haben, weshalb im östlichen Bereich der Turmstraße eine Wendeschleife eingerichtet werden müsse. Aus der Senatsverkehrsverwaltung teilte man uns dazu folgendes mit:
»Sollte es wirklich sinnvoll sein, die Linie M13 Richtung U-Turmstraße zu verlängern, stellt sich die Frage nach dem Endpunkt der Linie. In den folgenden Planungsschritten wird zu klären sein, wo dieser liegt. So wird zum Beispiel zu prüfen sein, ob es sinnvoll und möglich ist, im Bereich Hauptbahnhof zu wenden. Zu prüfen wäre auch, ob eine Verlängerung / Linienaustausch mit einer anderen Linie sinnvoll ist und das Kehren so eventuell an einem anderen Ort in Mitte, auf einer Bestandsanlage möglich sein wird. Für den skizzierten Fall (Linienverlängerung M13 Richtung U-Turmstraße) wird auch zu prüfen sein, ob es sinnvolle Alternativen zum Kehren im (erweiterten) Umfeld der Turmstraße gibt.« *cs*

Neubauten am ehemaligen Hertie

Ch. Eckelt

Entlang der Stromstraße wird weiter gebaut, und das nicht nur am Schultheiss-Quartier, das im nächsten Jahr eröffnen soll. Hier entstehen u.a. ein Hotel und ein großes Einkaufszentrum, Bauherr ist die HGHI, die dem Investor Harald Huth gehört.
Doch auch gegenüber werden Neubauten geplant. Die Eigentümer des Ex-Hertie-Gebäudes, das 2013 erfolgreich saniert und neueröffnet wurde, haben die angrenzenden Flächen weiterverkauft. Auch hier, an der Ecke Turm-/Stromstraße, werden Neubauten entstehen. Dazu hatte der neue Investor einen kleinen Architekturwettbewerb ausgelobt. Inzwischen wurde unter den fünf Teilnehmern ein Architekturbüro ausgewählt, das seine Entwürfe nun weiterentwickeln soll.
An der Ecke Turm-/Stromstraße sollen demnach auf insgesamt 5000 Quadratmetern Einzelhandelsflächen für Geschäfte entstehen. Entlang der Stromstraße, die für Geschäfte eher unattraktiv ist, werden hingegen vorwiegend Wohnungen, Büros und Arztpraxen errichtet. Dabei sind die Wohnungen (12.000 qm) eher rückwärtig orientiert, um Lärmbelastungen der viel befahrenen Stromstraße zu vermeiden. Büros und Arztpraxen sind mit ca. 2000 qm geplant.
Insgesamt, so ein Beteiligter der Auswahlkommission, seien sowohl der hohe Wohnanteil als auch die klugen Grundrisse der Wohnungen zu begrüßen.
Der denkmalgeschützte Altbau an der Stromstraße bleibt erhalten und im Besitz des Alteigentümers und wird sozusagen von den geplanten Neubauten »eingerahmt«. Zudem soll eine zweigeschossige Tiefgarage für das Areal entstehen.
Um die Planung zu realisieren, wird ein neuer Bebauungsplan entwickelt. *us*

Baustellen …

Straßen und Gehwege in Moabit werden erneuert, mit Verzögerungen

Während die Erneuerung der Gehwege entlang der Turmstraße inzwischen so gut wie abgeschlossen ist, dauert der Umbau der Straßen rund um die Markthalle länger als geplant.
Die Gehwegerneuerung entlang der Turmstraße umfasste die Abschnitte links und rechts der Straße zwischen Oldenburger und Gotzkowskystraße / Waldstraße und erfolgte in vier Bauabschnitten. Die Beläge wurden erneuert und Baumscheiben großzügiger angelegt, außerdem ein Streifen markiert, bis wohin Gewerbetreibende ihre Außentische oder Werbetafeln auf öffentlichem Straßenland aufstellen können.
Schwieriger gestaltet sich hingegen das Baugeschehen rund um die Arminius-Markthalle. Hier gab es Zeitverzögerungen zum einen durch verspätete Genehmigungen des zuständigen bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts, zum anderen durch notwendige Arbeiten der Gas- und Wasserversorgungsbetriebe. Während die Bremer und die Bugenhagenstraße bereits fertiggestellt sind, hängt der Umbau nun in der Jonasstraße fest, und der einsetzende Frost ist dabei ebenfalls nicht förderlich.
Diese Verzögerungen sind natürlich für alle Beteiligten ärgerlich, vor allem auch für die Gewerbetreibenden. Doch die vom Bezirk beauftragte Baufirma trifft dabei der Zorn der Anrainer zu Unrecht. Andreas Wilke vom Koordinationsbüro KoSP erklärt die Lage: »Die notwendigen Genehmigungen für die Maßnahmen in der Jonasstraße wurden vom Bezirk später erteilt als geplant. Außerdem müssen auch Leitungsarbeiten durchgeführt werden. Deshalb täuscht manchmal der äußere Eindruck: Wenn eine Woche lang auf einer Baustelle kein Bauarbeiter zu sehen ist, bedeutet das keineswegs, dass dort nichts geschieht. Wenn etwa eine Abwasserhochdruckleitung unter der Straße durchgespült werden muss, braucht das eben ca. eine Woche. Und in dieser Zeit kann darüber nicht gebaut werden.« Insgesamt seien Arbeiten, die unter Tage stattfinden müssen, für die Anrainer nicht sichtbar, und so entstehe der falsche Eindruck, dass »nichts passiert«.
Schade findet Wilke es auch, wenn Gewerbetreibende sich mit ihren Sorgen nicht zuerst an die Bauleiter oder das KoSP wenden, die als Ansprechpartner oft genug benannt wurden, sondern lieber gleich öffentlichkeitswirksam an die Presse gehen. Das löst natürlich kein einziges Problem schneller – aber darum ging es dann vielleicht auch gar nicht. Und dabei hatte sich die Baufirma und die Sanierungsbeteiligten noch große Mühe gegeben, die Gewerbetreibenden während der Bauarbeiten so weit wie möglich zu schonen und mit Blick auf das Weihnachtsgeschäft die Jonasstraße nicht voll zu sperren. Wenn die Frostperiode vorbei ist, soll die Jonasstraße im kommenden Frühjahr fertiggestellt werden.
Durch die verzögerten Baugenehmigungen und Leitungsarbeiten dürfte es im nächsten Jahr allerdings sehr hart für die Arminiushalle und insbesondere für das Restaurant »Zunftwirtschaft« werden: Denn die Erneuerung der Arminiusstraße verschiebt sich nun auf das Frühjahr und den Sommer 2018. Genau dann, wenn die Gäste gern draußen in der Sonne sitzen würden … Erst im Spätsommer 2018 kann mit der Fertigstellung der gesamten Baumaßnahme rund um die Markthalle gerechnet werden. *us*

Eckensteher

Städtische Melkkühe

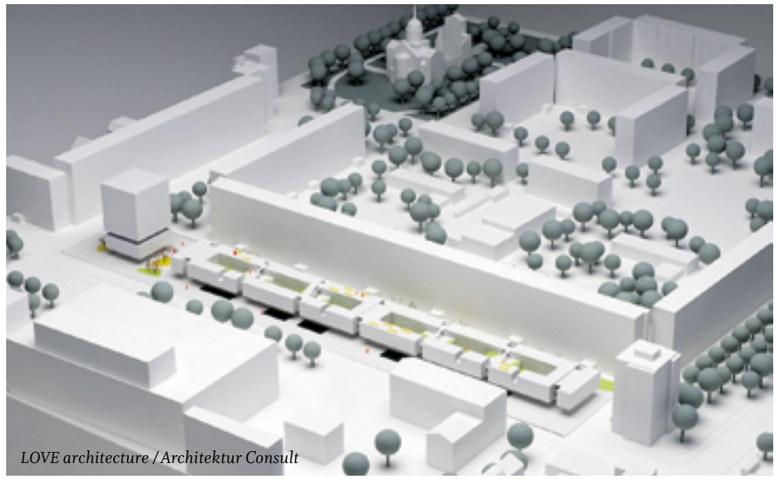
Es ist Zeit, einmal ein Wort der Verteidigung einzulegen: für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die derzeit gefordert werden, als wären sie hochgezüchtete eierlegende Wollmilchsauen.
Sie sollen nach dem Willen der Stadt jetzt ganz schnell ganz viele ganz preiswerte und qualitätsvolle Wohnungen bauen. Alles soll sozial- und umweltverträglich sein und die Anwohner möglichst auch frühzeitig »bürgerbeteiligt« werden. Außerdem sollen die Gesellschaften, wo immer es geht, das städtische Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen, um Spekulation und Gentrifizierung einen Riegel vorzuschieben. Andererseits sollen sie aber auch wirtschaftlich arbeiten, ohne Minus für die Stadtkassen.
Das hört sich alles mehr nach Wünschdirwas an als nach Realität. Die sieht nämlich ganz anders aus: Baukosten und Grundstückspreise gehen in Berlin inzwischen durch die Decke. Damit verteuern sich nicht nur die Ankäufe von Gebäuden, sondern eben auch Neubauten enorm. Sozialmieten können unter den gegenwärtigen Umständen im Neubau niemals kostendeckend sein, jedenfalls nicht bei vernünftiger Wohnqualität. – Jeder, der mit Geld wirtschaften muss, weiß, dass Minusgeschäfte irgendwie ausgeglichen werden müssen. Versucht ein Unternehmen wie die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) dann den Ausgleich (zum Beispiel durch einen Bürobau), gehen Bürger und Lokalpolitiker prompt auf die Barrikaden.
Mit Verlaub: Diese Kritik ist verlogen. Da geht es um Partikularinteressen (»Klar sollen die preiswerten Wohnraum schaffen – aber doch bitte nicht bei mir vor der Haustür / auf meinem Parkplatz!«), oder um, sagen wir mal: wohlfeile Profilierung von Lokalpolitikern – aber leider sehr selten um die Sache an sich. Und hat man schon jemals den geballten Bürgerprotest auf der Straße gesehen gegen die keineswegs sozialverträglichen Bauvorhaben von Privatinvestoren?
Hinzu kommt, dass die Wohnungsbaugesellschaften bei konkreten Planungen oft genug zwischen Senat und Bezirken gerupft werden wie ein halbtotes Huhn: je nachdem, wer gerade eine wichtige Wahl vor sich hat und sich vor den Bürgern ein bisschen geschmeidig machen möchte. So plädierte im Fall der Fischerinsel der frühere Senat für ein Hochhaus, der Bezirk war ein bisschen dagegen, Anwohner protestierten wirkungsvoll. Jetzt, nach der großen Berlin-Wahl, ruderte auch der neue Senat zurück – auf den Planungskosten bleibt allerdings die WBM hängen, und Buhmann ist sie sowieso.
An dieser Stelle gilt die Kritik der Politik – denn es geht hier um Gesellschaften, in deren Aufsichtsräten auch Landespolitiker sitzen, die sehr wohl wissen, wie die Lage ist. Und sie ist – pardon – beschissen. Die rotrotgrüne Landesregierung hat, zugegeben, ein schweres Erbe angetreten. Jahrelang hatten SPD-Bausenatoren ihr Mantra vom ach so entspannten Wohnungsmarkt hergebetet, ohne auch nur eine Zahl zu prüfen. Die Landespolitiker kann man nur davor warnen, die Fehler der 1990er und 2000er Jahre zu wiederholen.
Denn damals wurden die Wohnungsbaugesellschaften als landeseigene Unternehmen gemolken wie Hochleistungskühe. Nach dem Altschuldenhilfegesetz mussten sie in den 1990er Jahren Bestände privatisieren, bis es krachte. Sie wurden trickreich verkauft, vor allem untereinander, von ehemals 19 städtischen Gesellschaften im Jahr 1990 blieben auf diese Weise nur noch sechs übrig. Mit solchen In-sich-Geschäften spülte der damalige schuldengeplagte Senat Geld von der einen in die andere Tasche. Zwischen 1990 und 2005 wurde der kommunale Wohnungsbestand durch Verkäufe auf die Hälfte geschrumpft. Zudem waren die Gesellschaften Anfang der 2000er Jahre gezwungen, massenhaft Wohnraum zu vernichten, etwa in Marzahn und Hellersdorf – für den »Rückbau« gab es sogar Prämien. Heute werden diese Wohnungen wieder dringend benötigt und müssen zu erheblichen Baukosten neu errichtet werden. Diesen Wahnsinn haben aber nicht die Wohnungsbaugesellschaften verzapft – es waren politische Entscheidungen.
Nun sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder die Misere auffangen. Auf die große Krise gäbe es hingegen nur eine grundsätzliche Antwort: Friert die Grundstückspreise ein und stoppt den Betongold-Wucher! Das ist freilich eine Aufforderung an die Bundespolitik. Da müsste man aber auch an die heilige Kuh Eigentum ran – und nicht an die städtischen Melkkühe … *Ulrike Steglich*

Bildecke

Ch. Eckelt

WBM plant um

Büro- statt Wohnturm in der Köpenicker Straße



LOVE architecture / Architektur Consult

Bereits am 6. Oktober hat der Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) beschlossen, das geplante 13-geschossige Gebäude an der Ecke Köpenicker und Michaelkirchstraße nicht als Wohnturm zu errichten, sondern als Bürogebäude. Das gab die WBM öffentlich Ende November auf einer Informationsveranstaltung zum Gesamtprojekt bekannt. Statt der ursprünglich geplanten 152 Wohnungen sollen an der Köpenicker Straße nun nur noch 78 Wohneinheiten entstehen – in mehreren dreigeschossigen Bauten vor den Plattenbauten der Köpenicker Straße 104–114.

Offiziell wurde diese Umplanung mit möglichen Schallemissionen begründet, die die oberen Stockwerke des Wohnturms vom Heizkraftwerk aus erreichen könnten. Wenn in besonderen Ausnahmesituationen die Kühlanlage und Ventilatoren der Gasturbine mit voller Kraft arbeiteten, könne dort der in der Nacht zulässige Grenzwert von 45 dBA überschritten werden. »Das haben Schallschutzgutachten nicht ausschließen können, genau weiß man es erst, wenn Schallmessungen am bestehenden Gebäude vorgenommen werden können«, so der Pressesprecher der WBM, Martin Püschel. »Auf dieses Restrisiko verweist ausdrücklich auch der Bauvorbescheid des Bezirks vom Mai 2017.«
Zwar beklagen sich viele Anwohner regelmäßig am »Runden Tisch Köpenicker« über Lärmbelästigungen. Die gehen aber entweder auf den Straßenverkehr oder indirekt auf die Clubs in der Köpenicker Straße zurück: etwa, wenn Besucher nachts massenhaft auf den Einlass warten. Störender Betriebslärm des Heizkraftwerks jedoch wurde in den vergangenen Jahren nie thematisiert. Auch Vattenfall bestreitet Emissionen über dem zulässigen Grenzwert: »Das Heizkraftwerk ist nicht zu laut und verhindert keine Wohnbebauung«, bestätigt der Berliner Pressesprecher Olaf Weidner.
Natürlich waren die Anwohner wenig amüsiert, plötzlich mit dieser Nutzungsänderung konfrontiert zu werden – sie hatten ja vor allem das Bauvorhaben deshalb akzeptiert, weil hier dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden sollte. Dass die Zahl der geplanten Wohnungen nun zugunsten von Büros halbiert wird, stieß deshalb auf Protest, auch bei Bezirksverordneten.
Sicher ist jedoch: Das Neubauprojekt in seiner ursprünglichen Wohnbauvariante bringt für die WBM erhebliche finanzielle Belastungen und Risiken mit sich. Denn die späteren Mieten dürfen nach der Kooperationsvereinbarung mit dem Senat auch bei den nicht-preisgebundenen Wohnungen durchschnittlich nicht höher als 10 Euro pro Quadratmeter liegen. Dabei zeigte sich der Senat bislang unflexibel: Als die WBM im Herbst darum gebeten hatte, diesen Spielraum bei dem Neubauprojekt auf der Fischerinsel auf 11 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen, war dies abgelehnt worden.
Auf der Fischerinsel musste die WBM nach Bürgerprotesten, politischem Druck des Bezirks und der neuen Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen umplanen und auf das umstrittene Wohnhochhaus verzichten. Dadurch entstanden zusätzliche Planungskosten in Millionenhöhe, auf denen die WBM nun sitzen bleibt. Dazu kommen noch die Preise im Baugewerbe, die gegenwärtig in Berlin jährlich um 3,8 % und damit doppelt so schnell wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten steigen: Nach drei bis vier Jahren Planung und Bauvorbereitung summieren sich diese auf deutlich mehr als 10 %, die wegen des starren Regelwerks des Senats nicht weitergegeben werden können.
An der Köpenicker Straße liegen die Probleme unter dem Boden. Denn unter dem Bauplatz verlaufen Fernwärmeleitungen des Heizkraftwerks, was den Tiefbau erschwert und die Baukosten erheblich steigert. Im Untergeschoss soll eine Tiefgarage für 110 Pkw errichtet werden, die kostendeckend später für 100 Euro im Monat vermietet werden müssten. Diese Nachricht sorgte bei der Informationsveranstaltung für erheblichen Unmut der Mieter, die bislang ihre Autos für einen wesentlich geringeren Beitrag abstellen können. Zum Jahresende 2018 will die WBM die Verträge für die Mieterparkplätze an der Köpenicker Straße kündigen, um Baufreiheit herzustellen. Im kommenden Jahr wird aber auch die Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt eingeführt, eine zwei Jahre lang gültige Parkvignette kostet dann 20 Euro. Ob nach zweieinhalbjähriger Bauzeit – anvisiert wird die Fertigstellung der Neubauten für das Frühjahr 2021 – WBM-Mieter rund 1.200 Euro im Jahr für einen Tiefgaragenplatz ausgeben möchten, ist eher fraglich. Bei den Firmen, die in den Büroturm einzögen, sähe das anders aus, denn sie bekämen keine Anwohnervignetten. Zudem sind Gewerbemieten nicht gedeckelt: Um die 20 Euro pro Quadratmeter Monatsmiete dürften für ein attraktives Neubau-Büro mit Tiefgaragenstellplatz in zentraler Lage problemlos zu erzielen sein.
Für die Mieter der WBM wäre dies kein Nachteil: Wenn die Wohnungsbaugesellschaft mit den Büromieten ihre Verluste im Neubau kompensieren kann, sinkt der Druck, die Spielräume für Mieterhöhungen der Bestandswohnungen bis aufs Letzte auszureizen. *cs*

(siehe Kommentar S. 5)

Schwieriges Wort, schwierige Umsetzung

Mehr als 2.000 Verfahren, fast 1.500 Widersprüche, 300 Rechtsstreitigkeiten gibt es beim »Zweckentfremdungsverbotsgesetz« – allein in Mitte

Seit Mai 2014 gilt in Berlin das Zweckentfremdungsverbot. Laut diesem Gesetz sind sowohl Wohnungsleerstand, der länger als sechs Monate andauert, als auch die Vermietung als Ferienwohnung und andere Zweckentfremdungen verboten bzw. genehmigungspflichtig. Vermieter von Ferienwohnungen hatten zwei Jahre lang die Möglichkeit, einen offiziellen Genehmigungsantrag zu stellen oder die Wohnungen wieder regulär zu vermieten.

Davon wurde in ganz Berlin nur ca. 6.000 Mal Gebrauch gemacht, wobei die Anzahl von Ferienwohnungen auf 12.000 bis 25.000 geschätzt wird. In den dreieinhalb Jahren konnten im Bezirk Mitte gerade einmal 300 Wohnungen auf den Wohnungsmarkt zurückgeführt werden. Die Initiative »Wem gehört Moabit?« hatte Ende November die zuständige Bezirksstadträtin Dr. Sandra Obermeyer (parteilos, für Die Linke) zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Zweckentfremdungsverbot eingeladen, zumal das Gesetz im nächsten Jahr novelliert werden soll.
Das Interesse war groß – etwa 70 Menschen kamen in den Nachbarschaftstreff in der Rostocker Straße. Nach einer Einleitung zum Inhalt des Gesetzes und der geplanten Novelle berichtete Obermeyer, wie die Bezirksverwaltung arbeitet. Bis Ende 2016 waren aus der Bevölkerung 3.600 Hinweise eingegangen, Begehungen und Internetrecherche der Verwaltung brachten Erkenntnisse in 1.835 Fällen. Nur zehn Mitarbeiter müssen zurzeit 2.133 Einzelverfahren bearbeiten. 1.831 Genehmigungsanträge wurden gestellt, davon 431 für Leerstand, 1.260 für Ferienwohnungen, 231 für sonstige zweckfremde Nutzung und 9 für Abriss (Stand: 30. 9. 2017). Die Verwaltung musste feststellen, dass die meisten Vorgänge Widerspruchsverfahren (1.403 von insgesamt 1.430), Ordnungswidrigkeitsverfahren (13 von 14) und Rechtstreitigkeiten (ca. 270 von 313) Ferienwohnungen betreffen (Stand: 31. 12. 2016).

A. Wilke (KoSP)

Die Verwaltung sei »mit Herzblut« dabei, Missbrauch von Wohnraum durch Leerstand und Ferienwohnungen zu ahnden, sagte die Stadträtin. Die Verfahren dauern jedoch oft lange. Bevor ein Bescheid zur »Wiederzuführung« der Wohnung an den Wohnungsmarkt mit Zwangsgeldandrohung ergehen kann, muss der »Verfügungsberechtigte« der Wohnung zunächst ermittelt und angehört werden. Bei Widersprüchen sind Widerspruchsbescheide zu fertigen. Alles muss gut begründet sein. Die Abgrenzung ist oft schwierig, es gibt Grauzonen. Viele Ferienwohnungsvermieter haben ihr Angebot auf möblierte Wohnungen für Kurzzeitmieter umgestellt. Dazu nannte Rainer Balcerowiak erschreckende Daten: Ein Drittel der in Berlin vermieteten Wohnungen, in Mitte und anderen Innenstadtbezirken sogar mehr, werden möbliert angeboten, wie der Anfang des Jahres vorgestellte Wohnungsmarktreport aufgezeigt hatte. Schwierig ist der Nachweis auch, wenn längerfristige Mietverträge vorgelegt werden, um eine Ferienwohnungsvermietung zu verschleiern.
Durch dieses langwierige Verfahren und die vielen Gesetzesschlupflöcher entsteht bei Mietern der betroffenen Häuser häufig der Eindruck, dass nichts oder wenig passiert, begünstigt durch den Umstand, dass sie nicht »Beteiligte des Verfahrens« sind und nicht informiert werden.
Das gleiche Bild zeigt sich auch beim Leerstand. Eine schriftliche Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung wurde im September 2017 so beantwortet, dass in 13 von 21 Häusern der Leerstand nicht bekannt sei, aber »im Rahmen der Möglichkeiten ermittelt werde«. Neue Verfahren könnten jedoch wegen Überlastung oft nicht sofort anlaufen. Hier war auch nach einigen Häusern gefragt worden, in denen zwischenzeitlich Modernisierungsmaßnahmen begonnen wurden – was zeigt, dass kaum Zusammenarbeit zwischen Bauamt und Zweckentfremdungsstelle stattfindet. Die Berliner Abendschau fokussierte ihren Bericht auf den bekannten Fall der Calvinstraße 21, wo 9 von 15 Wohnungen schon 6 Jahre lang leer stehen. In der genannten Anfrage hieß es noch im September, dass strittig sei, ob es sich überhaupt um »schützenswerten Wohnraum« im Gesetzessinn handele – denn der Eigentümer hatte darauf verwiesen, dass die Wohnungen nicht vermietbar seien. Das hat er jedoch durch Entkernung wegen umfangreicher Modernisierungspläne, die schon vor vier Jahren vor dem Landgericht gescheitert waren, selbst verursacht.
Das Bezirksamt geht mittlerweile zwar von Wohnraum aus. Damit ist aber immer noch nichts gegen den Leerstand gewonnen: denn nun heißt es, die Wohnungen würden saniert. Laut Gesetz muss dafür ein Jahr Leerstand genehmigt werden. Mieter halten das für reine Verzögerungstaktik.
In der Diskussion wurden weitere Beispiele von Leerstand genannt und Vorschläge für die Verbesserung des Gesetzes gesammelt. Hinweise auf den hohen Wert, den das Eigentum im Rechtssystem genießt, wurde der Leitsatz »Eigentum verpflichtet« entgegengehalten, Regelungen gegen Profitmaximierung mit Wohnraum eingefordert.
Susanne Torka

Auch der »Runde Tisch gegen Gentrifizierung in Moabit« wird sich weiter mit den Themen beschäftigen, er trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Lübecker Straße 19 und ist offen für alle.

Erinnern – aber wie?

Wie kann man im öffentlichen Raum an Menschen, an verschwundene Orte oder historische Ereignisse erinnern – und wie kann man solche Erinnerungsorte vor Zerstörung schützen?

Ch. Eckelt

Das Gebiet, das in der Planersprache Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt genannt wird, erstreckt sich links und rechts der Allee zwischen dem Strausberger und dem Alexanderplatz. Es ist das in den 1960er Jahren errichtete erste Bauprojekt der DDR in Großplattenbauweise. Doch auch in diesen Wohngebieten der Moderne sind zahlreiche »Stolpersteine« in den Boden der Gehwege eingelassen. Sie erinnern an jüdische Berliner, die vor ihrer Deportation und Ermordung durch die Nazis hier ihren letzten Wohnort hatten. Jedoch fällt es schwer, sie räumlich zuzuordnen: die alten Häuser existieren ja nicht mehr. Ähnlich verhält es sich mit dem Denkmal in der Grünfläche Alexanderstraße 23, einem Kubus aus Draht mit Backsteinen, der auf die frühere Synagoge in der Kaiserstraße 29 verweist. Doch weil die um 1900 erbauten Quartiere und deren historisches Straßenraster in den 1960er Jahren komplett überbaut worden sind, bleiben die Orte abstrakt.

Die Erfahrung zeigt, dass Erinnerung immer einen fassbaren Gegenstand braucht. Vielleicht würde es der Orientierung dienen, die Grundrisse der einstigen Gebäude mit Steinen nachzuzeichnen, um u. a. den Stolpersteinen einen »Rahmen« zu geben

Wer über die Schillingbrücke Richtung Süden geht, gelangt in einen völlig anders strukturierten Stadtraum: In der Nördlichen Luisenstadt sind trotz der Kriegszerstörungen viele Gebäude aus unterschiedlichen Zeitschichten erhalten geblieben, zahlreiche Straßenzüge folgen trotz der Neubebauung nach dem zweiten Weltkrieg ihrem historischen Verlauf. Im Gegensatz zur »Karl-Marx Allee II« gibt es noch viele Spuren, an der die Vermittlung von Geschichte ansetzen kann. So soll eine im Rahmen des Spreeuferweges vorgesehene »Geschichtsinsel« mit dem Thema der Industrialisierung am Spreeufer südlich der Jannowitzbrücke entstehen. Dort steht etwa die Jungendstilfassade der einstigen Zigarettenfabrik Josetti stellvertretend für die Etagenfabriken der Zeit um 1900.

In der Nördlichen Luisenstadt wird deutlich, dass Erinnerung immer auch lokale Akteure braucht. So scheint hier durch den Bürgerverein Luisenstadt nach 1989 verdienstvoll eine Erinnerungskultur geradezu nachgeholt worden zu sein, die – bedingt durch das politische System der DDR – nicht möglich war. Dabei wird hier die Erinnerung an Personen und historische Ereignisse durch eine Vielzahl von Gedenktafeln (z. B. zu den 1848er Barrikaden an der Rossstraßenbrücke) über Denkmale bis hin zur Benennung neu angelegter Straßen (Bona-Peiser-Weg) wach gehalten.

Erinnerung braucht vor allem Medien der Vermittlung. Dabei scheinen die Anforderungen heute differenziert auszufallen. Während die einen den Einsatz moderner Technologien (wie beispielsweise Smartphone-Apps) favorisieren, scheint dies für andere Nutzergruppen wenig günstig zu sein. Dies gilt für nicht nur für ältere Menschen, die teils nicht über diese Technologien verfügen, sondern auch für Jüngere, die internetgestützte Informationssysteme ablehnen, um nicht in allen Lebenslagen elektronisch erfasst zu werden.

Orte der Geschichte, der Erinnerung brauchen aber auch sinnliche Erfassbarkeit. Um sie zu verstehen, sollten sie erlaufen und darüber »begriffen« werden können. Informationssysteme sollten dazu anregen, sich in der Stadt zu orientieren, Geschichtsspuren in einer Art Erfahrungsraum aufzusuchen und sich in eine Beziehung zu ihnen zu setzen.

In Diskussionen zur Einrichtung und Gestaltung von Erinnerungsorten wird immer auch die Erfahrung des Vandalismus eingebracht: ob beschmierte Denkmäler oder geklaute Stolpersteine und Gedenktafeln. Teils wird dies auf eine fehlende soziale Kontrolle zurückgeführt. Die Zerstörung von Denkmalen und Erinnerungsorten im öffentlichen Raum kann aber auch als Ausdruck eines fehlenden gesellschaftlichen Konsenses gelesen werden.

So steht die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum heute, anders als noch vor 30 Jahren, vor neuen Aufgaben. Sie muss epochenübergreifend und multiperspektivisch angelegt sein, um auf die aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und politischen Kontexten in Berlin zusammen kommenden Menschen zu wirken.

Nicht nur in den Fördergebieten des Städtebaulichen Denkmalschutzes geht es also um die Frage, wie Geschichtserinnerung gestaltet wird – und wie man diese Erinnerungsorte schützen kann. Es bleibt zu hoffen, dass in allen Gebieten der Diskurs über Geschichte und Erinnerungskultur geführt wird. In der Nördlichen Luisenstadt ist mit der Diskussion über ein Informations- und Leitsystem entlang des zukünftigen Spreeuferwegs (»Geschichtsinseln«) mit einem Expertengespräch und mehreren Workshops bereits ein guter Anfang gemacht worden.

Eberhard Elfert

Mit Jazz in den Ruhestand

Wolfgang Golücke geht in Rente

Nach mehr als 50 Jahren wird Optikermeister Wolfgang Golücke sein Geschäft in der Turmstraße 80 schließen. Mit einem Jazzkonzert am dritten Adventssonntag (17. Dezember) verabschiedet sich der 82jährige in den Ruhestand. Von 11 bis 14 Uhr sind Nachbarn und Kunden eingeladen, einem Swing-Quartett zu lauschen.

Ch. Eckelt

Früher organisierte der junggebliebene Jazzliebhaber regelmäßig Jazzkonzerte in seinem Brillengeschäft, das noch den gemütlichen Charme der 1970er Jahre ausstrahlt. Das letzte Jazzkonzert ist aber schon einige Jahre her.

Mit 82 seinen Laden schließen und in Ruhestand gehen, wird das nicht langsam Zeit? »Vor 10 Jahren habe ich einen Nachfolger für mein Geschäft gesucht, aber keinen gefunden. Die Turmstraße hatte keinen besonders guten Ruf«, erklärt Golücke. »Wir arbeiten sehr sorgfältig und widmen jedem unserer Kunden viel Zeit. Die Kontakte sind mir sehr wichtig, dafür hat auch meine Frau Verständnis, obwohl sie bereits vor eineinhalb Jahren in Pension gegangen ist.«

So ist auch nicht sein Alter der eigentliche Grund für die Geschäftsaufgabe, sondern sein neuer Vermieter bzw. dessen Hausverwaltung. Golücke hat die Kündigung zu Ende Februar 2018 bekommen und sieht keinerlei Verhandlungsbereitschaft von deren Seite. »Nie hatte ich Probleme mit dem Vorbesitzer, immer konnte alles geklärt werden.«

Golücke ist gebürtiger Moabiter und im Kiez aufgewachsen, seine Eltern hatten ein Tanzcafé in der Krefelder Straße, verrät er. »Nach Jahren im Ausland bin ich zurückgekommen und habe das Optikergeschäft eröffnet. Damals war die Turmstraße noch eine sehr gute Adresse mit vielen Fachgeschäften.« Ende der 1970er und in den 1980er Jahren ging es bergab mit der Geschäftsstraße. »Ich hatte erwartet, dass es nach dem Fall der Mauer wieder aufwärts geht, aber das war leider ein Irrtum. Immer haben wir auf gute Qualität geachtet.« Früher beschäftigte Golücke noch zwei angestellte Optikermeister. Aber die zeitintensive handwerkliche Qualitätsarbeit konnte mit den aufkommenden Ketten nicht konkurrieren, so arbeitet er seit langem nur noch mit einer Mitarbeiterin, Friederike Aulig, zusammen.

Moabit ist sein Zuhause. Er liebt den Kiez, die Vielfalt, den Dorfcharakter. So hat er sich auch immer wieder ehrenamtlich engagiert, sei es in Schulen oder Seniorenheimen. »Hier ist es einfach gemütlicher. Der Laden war mein Baby und meine Bühne. Ich gehe nicht betrübt weg, es war eine schöne Zeit. Ich bin froh, dass ich so viele wunderbare und interessante Menschen kennenlernen durfte und mir so viel menschliche Zuneigung entgegengeplätschert ist.«

Susanne Torka

Neues von der TIM

Die Turmstraßen-Initiative Moabit (TIM), ein Zusammenschluss von Gewerbetreibenden, Initiativen und anderen Aktiven aus dem Gebiet Turmstraße, kann für das Jahr 2017 eine gute Bilanz ihrer Arbeit ziehen. Dazu gehören u. a. die Neuauflage der beliebten, schön gestalteten Kiezkarte (diesmal im taschentauglichen Faltblattformat), der neue Onlineauftritt bei Facebook und vor allem das überaus gelungene Moabiter Kiezfest, das im September zum fünften Mal stattfand, von vielen Menschen besucht wurde und inzwischen zu den kulturellen Jahreshöhepunkten im Gebiet gehört – vor allem als Ort der Begegnung und lebendiger Kommunikation.

Auch kurz vor Weihnachten war TIM aktiv: Ca. 125 kleine Weihnachtsbäumchen, organisiert von lokalen Gewerbetreibenden mit Unterstützung des Geschäftsstraßenmanagements Turmstraße (die raumplaner) werden in der Vorweihnachtszeit für etwas festliche Stimmung im Gebiet sorgen.

Das nächste TIM-Treffen, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind, findet im neuen Jahr statt: am Mittwoch, 17. 1. 2018, morgens um 8.30 Uhr im Stadtteilladen Krefelder Straße 1a.

Um Voranmeldung bei den raumplanern wird gebeten! (Kontaktdaten siehe Rückseite)

us

Neue Fahrradbügel – aber wo?

Um die Fahrradinfrastruktur in Berlin zu verbessern, fördert das Land das Aufstellen neuer Fahrradbügel. Das Bezirksamt sucht nun nach Standorten und ist für Vorschläge offen. Die AG Mobilität der Grünen Mitte hat eine Liste mit Vorschlägen erstellt und diese an die zuständige Stadträtin Sabine Weißler (Grüne) geschickt. Auf der Liste befinden sich allerdings vor allem Standorte in Mitte (alt) und Wedding, viele sind vor öffentlichen Einrichtungen, in Geschäftsstraßen, aber auch in Wohngebieten mit wenigen Abstellmöglichkeiten. Moabit ist jedoch bislang völlig unterrepräsentiert. Kennen Sie auch Gegenden, in denen ein Fahrradparkplatz schwierig zu finden ist? Das »Netzwerk Fahrradfreundliche Mitte« sammelt Vorschläge unter folgender Web-Adresse: http://nf-mitte.de

Notübernachtung in Alt-Moabit

Obdachlose Menschen finden ab sofort eine Übernachtungsmöglichkeit in der Notübernachtung des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in Alt-Moabit 82b. Das Angebot steht allen Hilfesuchenden offen. Wegen der Familienzimmer ist die Unterkunft besonders auch für Familien mit Kindern geeignet. Die Übernachtungsgäste werden mit einer warmen Mahlzeit am Abend und einem kleinen Frühstück versorgt. Es gibt die Möglichkeit zu duschen und Wäsche zu waschen, bei Bedarf werden Hygieneartikel ausgegeben. Die Mitarbeiter leisten praktische Hilfe in Alltagsfragen und vermitteln an Beratungsstellen und andere Hilfsangebote. Geöffnet wird täglich um 18 Uhr, bis 21 Uhr ist Einlass, am nächsten Morgen um 8 Uhr wird die Notübernachtung dann bis zum Abend geschlossen. Leider gibt es nicht die Möglichkeit, ein Haustier mitzunehmen.

Die Zahl der wohnungs- und obdachlosen Menschen in Berlin steigt kontinuierlich und dramatisch. Im Rahmen der »Berliner Kältehilfe« werden jedes Jahr im Winter rund 1.000 Übernachtungsplätze für Obdachlose in der Winterzeit benötigt. Die ASB Nothilfe Berlin gGmbH bietet bis 31. März 2018 im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 120 obdachlosen Menschen einen Schlafplatz in der ehemaligen ASB-Notunterkunft für Geflüchtete in Alt Moabit an. Ab April 2018 soll die Einrichtung wieder für die Flüchtlingshilfe genutzt werden.

Ausstellung im Rathaus: »Hier Dort Damals Heute – Jugendliche aus Moabit erinnern«

Nach langem Bemühen ist es gelungen, einen kleinen bescheidenen Gedenkort für den größten Berliner Deportationsbahnhof, den Güterbahnhof Moabit, zu realisieren. Dieses Ereignis hat die Theodor Heuss-Gemeinschaftsschule in Moabit im Rahmen ihrer »Arbeitsgemeinschaft Erinnern« dokumentiert und sich auch bei der Realisierung aktiv beteiligt. Die Arbeitsgemeinschaft ist den Fluchtwegen jüdischer Berliner nachgegangen und Zeugnissen des Holocausts in Israel und Polen begegnet. Von all diesen Eindrücken und Erfahrungen berichtet die Ausstellung. Das Projekt ist auch deshalb bemerkenswert, weil sich hier überwiegend muslimische Jugendliche mit der jüngeren Geschichte auseinandersetzen.

Gleichzeitig ist die Ausstellung »Das Rathaus Tiergarten 1935–1954 – Spuren der Geschichte« zu besichtigen.

Beide Ausstellungen werden bis zum 23. Februar 2018 im Rathaus Tiergarten am Mathilde-Jacob-Platz gezeigt, der Eintritt ist frei

Container jetzt mit Wetterschutz

Es hat viel Zeit, Geduld, Verhandlungen und Überzeugungsarbeit gekostet: Doch nun ist sie endlich da, die Glasscheibe am gelben Container im Kleinen Tiergarten. Der Aufenthaltsort, der vor zwei Jahren für die »Szenegrüppchen« eingerichtet wurde, war durch die rückwärtige Öffnung bei schlechtem Wetter äußerst ungemütlich, wenn der Wind pfiff und es hereinregnete. Doch die Polizei bestand auf Transparenz des Containers – andererseits wollte das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks keine Verpflichtungen für etwaige Instandhaltungs- oder Reparaturmaßnahmen übernehmen.

Mitte November war es endlich soweit: Die schützende Scheibe wurde eingesetzt. Nun können sich die Grüppchen, die sich auch um »ihren« Container kümmern, auch bei Schlechtwetter dort treffen … *us*

Leserecke

Mit Interesse lese ich immer wieder die »Ecke Turmstraße«. Danke für die immer wieder interessanten Artikel.

Danke auch, dass Sie in dem Beitrag »Der Müll, die Ratten, die Stadt« für mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum werben. Dies ist auch mir ein großes Anliegen. Ich bin überzeugt, dass – wenn wir alle, oder zumindest mehr Moabiter*innen als bisher – etwas achtsamer mit ihrem Umfeld umgehen, schon viel gewonnen haben.

Aber vermutlich ist Ihnen für den o.g. Beitrag entgangen, dass auch der Bezirk Mitte eine Vereinbarung zu den Kleidercontainern hat: In Mitte darf als Ergebnis einer Ausschreibung nur noch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Altkleidercontainer aufstellen, Container anderer Firmen werden durch das Rote Kreuz entfernt. Ich habe solche illegal aufgestellten Container schon öfter an das Ordnungsamt gemeldet (z. B. mit der »OA-APP«), von dort werden die Meldungen dann weitergeleitet und die Container entfernt.

Mit freundlichen Grüßen, Sonja Kreitmair

Habe gerade die Nr. 7 in der Hand mit dem Artikel über Mikro-Apartments in der Straße Alt- Moabit. Das finde ich sehr erbärmlich, in unserer Zeit auf so ein Niveau abzurutschen.

Es gibt in Berlin soooo viele Kleingärten, die man als Bauland für Wohnungen nutzen könnte. Manche stehen leer oder werden nur noch wenig genutzt.

Die Zeit der Kleingärten ist vorbei, das war in der Phase der Berliner Mauer notwendig, weil die Berliner nicht ins grüne Umland fahren konnten. Nun ist das überholt.

Man sollte mal überlegen, was für die Gesellschaft Nutzen bringt …

Mit freundlichen Grüßen, Ch. Nagel

Stolpersteine in der Turmstraße

Anfang September wurden vor der Turmstraße Nr. 9 Stolpersteine verlegt. Aus diesem sogenannten Judenhaus wurden während des Holocaust insgesamt 16 Menschen deportiert. Als Judenhäuser wurden in der Behördensprache der Nationalsozialisten Wohnhäuser aus ehemals jüdischem Eigentum bezeichnet, in die jüdische Mieter und Untermieter zwangsweise eingewiesen wurden. Die ersten drei Stolpersteine erinnern an Margarete Regine Mann, geb. Becker, sowie Max Mann und Anna Blankenstein, die 1942 nach Auschwitz bzw. Riga deportiert und ermordet wurden.

Initiatoren dieser Stolpersteinverlegung waren Fridburg Thiele und Horst Selbinger – ein ehemaliger Bewohner, der die Deportationen überlebte. Selbinger, heute 89 Jahre alt, Journalist und Ehrenvorsitzender des Vereins »Child Survivors Deutschland«, schilderte in seiner Rede seine Erinnerungen.

Dokumentation der Rede (leicht gekürzt):

Sehr geehrte Gäste, sehr geehrte ehemalige Nachbarn, liebe Freunde.

(…) Ein wenig möchte ich heute vom Schicksal der Einwohner dieses Hauses erzählen und auch von meiner Familie.

Nach der Reichspogromnacht im November 1938 bekam mein Vater endgültiges Berufsverbot. Die Zahnarztpraxis meines Vaters, sein zahnärztliches Laboratorium und große Teile unseres Hausrats wurden für lächerliche Pfennigbeträge öffentlich versteigert. Von unserer großen und geliebten 5-Zimmer-Wohnung, in der wir einst sogar Roller fahren konnten, mussten wir Ende des Jahres 1938 in dieses Judenhaus ziehen. Wir waren jetzt Untermieter in eineinhalb Zimmern, mit gemeinsamer Küchen- und Toilettenbenutzung: es war ein totaler sozialer, gesellschaftlicher und grauenvoller Abstieg.

Nach den Novemberpogromen 1938 war das Leben der deutschen Juden zur Hölle geworden. Der Raubstaat organisierte den Staatsraub an den Juden.

Viele der deutschen Juden glaubten, Schlimmer könne es nicht kommen, die Brutalität wäre nicht mehr zu steigern. Doch sie wurden eines noch Schlimmeren belehrt.

Von 1933 bis 1939 hat der faschistische Staat 1.400 Gesetze gegen die Juden erlassen. 1.400 in sieben Jahren. Doch die Pogrome markierten den Übergang von der täglichen Diskriminierung und Drangsalierung der deutschen Juden seit 1933 hin zur systematischen Verfolgung und Ermordung der Juden in ganz Europa mit sechs Millionen Opfern.

Hier in unserem Judenhaus in der Turmstraße 9 hatten wir zwei Luftschutzkeller: einen für die Arier und einen für die Juden. Der »arische« Luftschutzkeller wurde von Bentsch, Heinze und Brockmann benutzt, alle waren SA-Leute mit höheren Funktionen und deren Familien, während der »jüdische« Schutzraum am Anfang von 23 Personen genutzt wurde.

Die erste, die aus unserem Hause am 27.11.1941 nach Riga deportiert wurde, war Dorothea Blass im Alter von 44 Jahren. Wir hatten dann noch zwei natürliche Todesfälle in unserem Haus zu beklagen. Es starben Elise Fraustädter und Olga Blankenstein. Da waren wir nur noch 20.

Nach einem Jahr ging dann alles sehr schnell, die Endlösung der Judenfrage war ja angesagt: Die Familie Strom wurde am 29.11.1942 nach Auschwitz deportiert; das waren Hans Strom im Alter von 37 Jahren, seine Frau Malka mit 36 Jahren und ihre Söhne Karl-Heinz, 11 Jahre, und Norbert, 9 Jahre.

Die Personenanzahl in unserem Keller war jetzt zusammengeschrumpft auf 16 Personen. Zehn Tage später, am 9.12.1942, wurde die Familie Max Mann, 48, und Margarete Regina Mann, 50 Jahre, ebenfalls nach Auschwitz deportiert.

Wiederum fünf Tage später, am 14.12.1942, verließen uns die Schwestern Betty Fraustädter, 61, und Martha, 59, sowie Anna Blankenstein mit 62 Jahren, alle drei wurden ebenfalls nach Auschwitz deportiert. Jetzt waren wir nur noch elf Personen im jüdischen Luftschutzkeller.

Und am 3. Februar 1943 wurden dann die restlichen Juden aus unserem Haus in den Tod geschickt: Golda Stern, 50 Jahre, Carl Samenfeld, 58, und seine Frau Martha, 51, mussten ihre Fahrt in den Tod antreten. Ebenfalls am 3. Februar 1943 wurden auch Leopold Jalowitz, 42, seine Frau Minna, 33 Jahre, und ihre drei Jahre alten Zwillinge Béla und Chana nach Auschwitz in den Tod geschickt. Innerhalb von zwei Monaten und vier Tagen war der Judenkeller fast leer, es war wie die Geschichte von den »Zehn kleinen Negerlein«. Zurück blieb nur noch die Familie Selbiger, die zwar verfolgt wurde und um ihr Leben zitterte, die aber letztendlich überlebt hat.

Gestatten Sie mir, dass ich heute, am Gedenktag für die Opfer des Faschismus, noch einmal an den Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald erinnere: ›Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!‹ Leider blieb dieser Schwur bisher noch immer unerfüllt und so bitte ich Sie: Lassen Sie uns weiter daran arbeiten. Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen.«

(Zuerst veröffentlicht auf der Seite von Sie waren Nachbarn e.V.)

Versteckt in Moabit

Im November gestaltete die Initiative »Sie waren Nachbarn« den Schaukasten vor dem Rathaus Tiergarten. Das Thema der kleinen Ausstellung war diesmal »Stille Helden – Versteckt in Moabit«. In mindestens 37 Häusern wurden jüdische Berliner vor den Nazis versteckt. Manche von ihnen überlebten, andere wurden verraten oder entdeckt und starben im Holocaust. Eines dieser Verstecke war ein Haus in der Emdener Straße, in dem fast alle Mieter von dem Versteck wussten und schwiegen.

Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 9018-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 9018-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Uwe Lotan (030) 33 00 28 41
lotan@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Georg Thieme, Johanna Oestereich,
Sabine Slapa
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Stadtteilvertretung
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23938828
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für Mieter in den Milieuschutzgebieten Waldstraße und Birkenstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Mieterberatung Prenzlauer Berg
Prenzlauer Allee 186, 10405 Berlin
(030) 44 33 81-11 oder -29
team-moabit@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen